

Schieß dich frei

USA Nach dem Massaker in Parkland scheint sich die Schusswaffenlobby selbst zu radikalieren. Es sind nun einmal Trumps Leute

■ Konrad Ege

Manche der Schusswaffengegner machen sich Hoffnung. Sie sind tief beeindruckt vom leidenschaftlichen Protest der mediengewandten Schüler der Marjory Stoneman Douglas High School in Parkland, Florida. Eine verschärfte Waffengesetzgebung müsse endlich möglich sein. Doch die Karten sind schlecht verteilt. Der radikale Absolutismus der National Rifle Association (NRA) ist mitten in der Republikanischen Partei angekommen. Es geht bei Schusswaffen nicht nur um Schusswaffen. „Waffenfreiheit“ ist Teil des demagogischen Trump-Pakets gegen die „Eliten“, gegen „die Medien“ und gegen alles, was dem regulären weißen Amerikaner auf die Füße treten könnte. Seit Neuestem richtet sich das Eifern selbst gegen die Ermittlungsbehörde FBI, die den Präsidenten verfolge und Warnungen vor dem Parkland-Todesschützen ignoriert habe. Der Neunzehnjährige hat am 14. Februar 17 Menschen erschossen.

Skeptiker oder, anders formuliert, Zyniker behaupten ohnehin, eine tatsächliche Schusswaffenkontrolle sei illusorisch in einem Land mit mehr als 300 Millionen Revolvern, Pistolen und Gewehren in privaten Händen. Genaue Zahlen gibt es nicht. Das Forschungsbüro im US-Kongress kam für 2009 auf geschätzte 310 Millionen Waffen. In den Barack-Obama-Jahren hätten viele Amerikaner Waffen erworben, hieß es doch, der Mann im Weißen Haus wolle dem Land die Waffen wegnehmen. Und nach Massakern gehen die Verkaufszahlen gewöhnlich nach oben.

Faktenbefreite Welt

Dabei sind Waffenbesitzer eine Minderheit, und bei Umfragen punktet häufig das Verlangen nach Kontrolle. Umfragen sind eben das eine, Wahlverhalten und politisches Engagement etwas anderes. Die NRA genießt nicht umsonst das Image, eine politische Macht zu sein. Und der Verband spendet, 30 Millionen Dollar sollen es für den Kandidaten Trump gewesen sein. Gaben in dieser Höhe sind allerdings nicht entscheidend bei Präsidentschaftswahlkämpfen, die Milliarden kosten.

Der nach eigenen Angaben fünf Millionen Mitglieder zählende Verband versteht es, Waffenbesitzer aufzuzehnen. Seine Ant-

wort auf Beschränkungsvorschläge ist so gut wie immer ein dickes Nein. Auch jetzt. Nein ist ein griffiges Organisationsprinzip; es umgeht Detailfragen, die Gegner plagen. Eintreten für das Waffenrecht und Forderungen nach bewaffneten Lehrern, das passt in Trumps faktenbefreite Welt, in der Amerika bedroht sei, etwa von Migranten und Muslimen. Der Präsident hat sich nach dem Parkland-Massaker mit Worten der Anteilnahme weit aus dem Fenster gehängt, um der NRA zugleich seine Loyalität zu versichern. Das sind seine Leute. Viele glauben an die Bedrohung. Wie oft hört man den Spruch: „Um einen Übeltäter mit Schusswaffe zu stoppen, braucht man einen guten Menschen mit einer Schusswaffe.“ Es folgen Einzelbeispiele zum Erhärten der These. Bei der Kirchenschießerei in Sutherland Springs (Texas) Anfang November mit 26 Todesopfern hat tatsächlich ein bewaffneter Anwohner geholfen, den Täter zu vertreiben.

310 Millionen Revolver, Gewehre und so weiter sind in Privathand

Etwa 30 Prozent der Amerikaner besitzen mindestens eine Schusswaffe laut Pew Research Center. Die meisten davon sind weiße Männer, in der Regel Republikaner, viele leben auf dem Land. Dennoch geht die absolute Zahl der Schusswaffenbesitzer zurück, da junge Amerikaner lieber virtuell schießen. Kritiker sind versucht, von einer „aussterbenden Kultur“ zu sprechen.

Doch bei der Pew-Erhebung erklärten drei Viertel der Besitzer, ihre Waffe sei „essenziell für ihre Freiheit“. Wer sich in die Enge gedrängt sieht, kann sich schon mal selbst radikalieren. „Sie sollten Angst haben“, beschwor NRA-Chef Wayne LaPierre – laut Trump ein „großartiger amerikanischer Patriot“ – bei der Jahresversammlung der Conservative Political Action Conference mehrere Tage nach dem jüngsten Blutbad. „Wenn sie die Macht übernehmen, könnten wir unsere amerikanischen Freiheiten verlieren, und unser Land verändert sich für immer.“ Wer auch immer genau diese „sie“ sind.

Der zweite Verfassungszusatz für das Recht auf Schusswaffenbesitz sei die Garantie für Demokratie in den USA, sagte Trumps früherer Terrorismusberater Sebastian Gorka im NRA-Videokanal NRATV.



Die Argumente der Waffenlobby überzeugen nicht jeden

com. Im Zusatz steht: „Da eine wohl organisierte Miliz für die Sicherheit eines freien Staates notwendig ist, darf das Recht des Volkes, Waffen zu besitzen und zu tragen, nicht beeinträchtigt werden“. Durchaus interpretierbar, sollte man meinen, besonders wegen der „Miliz“. Nicht aber aus Sicht der NRA.

Die Schusswaffenindustrie braucht dringend Fürsprecher. In den Bilanzbüchern

war Donald Trump nicht gut für die Unternehmen. Sturm, Ruger & Co., einer der größten Hersteller, legte jüngst besorgniserregende Ergebnisse vor für Investoren. 2017 seien die Verkaufszahlen um 22 Prozent gefallen. Die Firma habe mehr als ein Viertel der Belegschaft entlassen. Bei American Outdoor Brands, Hersteller von Smith & Wesson, gehen die Profite ebenfalls den Bach runter. Geschäftsführer

James Debney sprach in CNN von „Herausforderungen nach starker Nachfrage“ im Jahr 2016. Damals habe die „Vorwählangst vor verschärften Schusswaffengesetzen“ eine Rolle gespielt, sollte Hillary Clinton die Wahlen gewinnen. Der seit zwei Jahrhunderten tätige Produzent Remington hat diesen Monat Insolvenz angemeldet und Gläubigerschutz beantragt.

Auch viele Demokraten halten sich zurück – oft die vom Land

Konservative Kommentatoren schimpften nach Parkland, die Medien missbrauchten die jungen Menschen. Unterstützt würden die Gegner von den Milliardären George Soros, Michael Bloomberg und Tom Steyer, verkündete Wayne LaPierre für die NRA. Er warnte vor Sozialisten, Studenten würden das Kommunistische Manifest lesen. Die Analyse mag verblüffen. Die größte sozialistische Organisation in den USA, die Democratic Socialists of America, hat gerade einmal 32.000 Mitglieder.

Die Schüler aus Florida haben zum nationalen „Marsch für unser Leben“ am 24. März in Washington aufgerufen. Gouverneure mehrerer Bundesstaaten drucksen seit Tagen herum mit begrenzten Vorschlägen und sprechen von einem veränderten Mindestalter beim Kauf bestimmter Waffen (auch Trump hat das erwähnt). Mehr Aufsicht über möglicherweise psychisch kranke Menschen mit Schusswaffen soll es geben. Die Rede ist vom Verbot der „Bump Stocks“, gemeint sind Vorrichtungen, um halb automatische zu vollautomatischen Waffen umzubauen. Der republikanische Gouverneur von Texas, Greg Abbott, informierte im Kabelsender Fox News, in mehr als 100 texanischen Schulbezirken dürften Lehrer bereits jetzt Waffen tragen.

Viele Demokraten tun sich schwer bei der Sache, besonders die aus ländlichen Regionen. Senator Bernie Sanders aus Vermont wurde im Präsidentschaftswahlkampf kritisiert wegen seiner Schusswaffentoleranz. Sanders entgegnete: „Mehr als die Hälfte der Einwohner von Vermont sind Waffenbesitzer. Das ist ihr Recht.“ Man müsse „vernünftige Sicherheitsregeln“ entwickeln. „Vernünftig“, das Wort hört man oft seit Parkland. Was auch immer es bedeuten mag.

Wandel durch Annäherung

Korea Während der Olympischen Winterspiele gingen Nord und Süd auf die Suche nach neuen Freundbildern

■ Rainer Werning

Lange hatte es den Anschein, als ob die Spiele von Pyeongchang wegen der prekären Sicherheitslage auf der koreanischen Halbinsel gefährdet seien, wengleich mit Moon Jae-In seit Mitte 2017 ein gesitteter Zivilist in Seouls Blauem Haus residiert. Es gab immerhin Drohungen von US-Präsident Trump, dem Regime in Pjöngjang, speziell dem „Raketennmann“ Kim Jong-Un, mit „Feuer und Zorn“ den Garaus zu machen. Ungeachtet dessen hielt der Norden an seinem Nuklearprogramm fest und ließ Anfang Dezember auch Langstreckenraketen testen, um zu signalisieren, dass man als Atommacht über eine „effektive Selbstverteidigung“ verfüge. Nur dadurch sei garantiert, sich gegen den von Washington angestrebten „regime change“ à la Irak 2003 und Libyen 2011 zu schützen.

Aller schrillen Rhetorik zum Trotz gab es mit dem Jahreswechsel plötzlich Zeichen der Entspannung, die nach 1972, 1991 und 2000 auf den vierten Versuch zur Annäherung zwischen Nord und Süd deuteten. Möglich wurde das nicht zuletzt durch den nordkoreanischen Staatschef Kim Jong-Un, der – in hellem Anzug mit passender Kra-

watte – bei seiner Neujahrsansprache die Tür zum Dialog unerwartet aufstieß, als er verkündete, mit eigenen Sportlern an den Spielen teilzunehmen und als Goodwill-Geste Künstler wie eine politisch hochrangige Delegation in den Süden zu schicken.

Wozu es tatsächlich kam: 500 Sportler, Cheerleader, Musiker und Beobachter reisten an, darunter erstmals ein Familienmitglied der Kim-Dynastie. Als Kim Yo-Jong, eine Schwester von Kim Jong-Un, zusammen mit Gastgeber Moon Jae-In bei der Eröffnungsfeier auf der Ehrentribüne saß, wurde sie weit mehr beachtet als der in ihrer Nähe platzierte US-Vizepräsident Pence. Begleitet wurde Frau Kim von Nordkoreas nominellem Staatsoberhaupt Kim Yong-Nam, der dem Großvater ihres Bruders, Staatsgründer Kim Il-Sung, viele Jahre treu gedient hat, zwischen 1983 bis 1998 Außenminister war und derzeit mit der Obersten Volksversammlung (OVV) dem Parlament Nordkoreas vorsteht.

Kim lobte das herzliche Klima

Nach der Rückkehr der beiden Spitzenpolitiker zeigte sich Kim Jong-Un hochofrenet über deren Aufenthalt im Süden. Laut amtlicher Nachrichtenagentur KCNA lobte er ausdrücklich das „warmherzige Klima der

Versöhnung und des Dialogs“, das man erhalten müsse. Schließlich war durch seine Schwester eine Einladung zu einem Pjöngjang-Besuch an Südkoreas Präsidenten übergeben worden. Für Moon Jae-In heißt die Dialogpolitik mehr Spielraum gegenüber den USA. Noch während der Spiele betraute er seinen 51-jährigen Stabschef Im Jong-Seok damit, sich um den innerkoreanischen Dialog zu kümmern. Man müsse „das Momentum“ wahren. Ausgerechnet Im Jong-Seok dafür zu nominieren, birgt eine gewisse Brisanz. Der war in den 1980er Jahren ein exponierter Studentenfürher, den Südkoreas Behörden als „pro-nordkoreanisch“ einstufen. Und der wegen seiner Auffassungen eine mehrjährige Haftstrafe verbüßen musste.

Sorgen die Winterspiele für mehr als vorübergehende Deeskalation? Fraglos gibt es die Tradition einer Entspannungspolitik, die leider in der Vergangenheit über vielversprechende Ansätze nicht hinauskam. Es lohnt ein kurzer Rückblick auf die Jahrtausendwende, um zu zeigen, wie man schon damals auf der koreanischen Halbinsel hätte Konflikte lösen können, mit denen man heute noch immer konfrontiert ist. William J. Perry, von 1994 bis 1997 US-Verteidigungsminister, war als Sonderemissär von Präsident Clinton mit einer

Ostasien-Shuttle-Diplomatie betraut und sollte Richtlinien für die künftige Nordkorea-Politik der USA entwerfen. In seinem am 12. Oktober 1999 veröffentlichten Report gelangte Perry zu der Ansicht: Entgegen früheren Annahmen sei nicht davon auszugehen, dass Nordkorea kurz- bis mittelfristig der Zusammenbruch drohe. Deshalb plädierte er dafür, die „Sonnenschein“-Politik des damaligen Süd-Präsidenten Kim Dae-Jung zu billigen.

Pence als Olympionike

Nordkorea verzichtete seinerzeit auf weitere Raketentests, woraufhin Washington Wirtschaftssanktionen lockerte und aufgestockte Hilfslieferungen an die Volksrepublik versprach. Die „Sonnenscheinpolitik“ kulminierte, als Kim Dae-Jung (im Amt 1998 bis 2003) im Juni 2000 zum ersten innerkoreanischen Gipfel seit der Gründung beider Länder im Jahr 1948 nach Pjöngjang flog, um dort Kim Jong-Il, den Vater Kim Jong-Uns, zu treffen. Beide Staatschefs unterzeichneten eine historische „Nord-Süd-Erklärung“, wodurch Familienzusammenführungen, Wirtschaftskontakte, ständige Meetings der Verteidigungsminister und eine gemeinsame Teilnahme an den damals anstehenden

Olympischen Sommerspielen in Sydney vereinbart wurden. Es war eine Konsequenz dieses Durchbruchs, dass am Morgen des 11. Oktober 2000 im Weißen Haus ein sichtlich gut gelaunter Bill Clinton per Handschlag Vizemarschall Jo Myong-Rok, damals die Nr. 2 im Norden, als Gast willkommen hieß. Kurz darauf verhandelte Außenministerin Madeleine Albright in Pjöngjang, niemals zuvor war Derartiges zustande gekommen – ein Clinton-Besuch in Pjöngjang schien möglich.

Als im Januar 2001 dessen Nachfolger George W. Bush ins Amt kam, war es mit der Entspannung schnell vorbei. Zwar hatte der neue Außenminister Colin Powell zunächst versichert, man werde die „vielversprechenden Elemente“ von Clintons Nordkorea-Politik weiterführen, dann aber verortete Bush die Volksrepublik neben Irak und Iran auf einer ominösen „Achse des Bösen“, die es zu zertrümmern gelte. Sofort war verspielt, was sich abgezeichnet hatte. Auch nach Pyeongchang sind Rückschläge wahrscheinlicher als Fortschritte. Noch vor der Eröffnung der Spiele hatte Pence am 7. Februar in Tokio erklärt, dass seine Regierung demnächst „die härteste und aggressivste Runde der Sanktionen“ einläuten werde, um anzufügen: Er werde es Nordkorea nicht erlauben, die olympische Botschaft zu kapern.